



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

126 (15.3.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-202513](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-202513)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Belegpreise: In Mannheim und Umgebung monatlich...  
Anzeigenpreise: Die kleine Zeile mit 4...  
Verlag: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

### Zeitungen in Not.

**Eine bedeutende Kundgebung aus Weimar.**  
Aus der Erkenntnis heraus, daß die Not der deutschen Presse nunmehr ein unerträgliches Ausmaß angenommen hat, die Gefahrenzone überschritten und die Krise im vollen Gange ist, ja, daß das Sterben der deutschen Zeitungswelt bereits einen erschreckenden Umfang erreicht hat, hat die Vereinigung Deutscher Zeitungs-Verleger zum Sonntag, den 13. März, nach Weimar eine außerordentliche Generalsversammlung einberufen, in der insgesamt 1827 deutsche Verleger und Herausgeber der Zeitungen aller Parteien und Richtungen vertreten waren. In eingehenden Darlegungen aus allen Kreisen der Verlegerenschaft, der kleinen, mittleren und großen Presse, wurde ein erschütterndes Bild der Lage gezeichnet. Die allgemeine Einmütigkeit der Versammlung und der gemeinsamen Wille zur Aufbahrung aller Kräfte fanden ihren Ausdruck in der beschlossenen Annahme folgender Kundgebung:

Wiederholt sind die Notrufe der deutschen Zeitungen in die Öffentlichkeit gedrungen, aber der furchtbare Zwang der Gewöhnung in Zustände, die man vor nicht langer Zeit noch für undenkbar hielt, hat es mit sich gebracht, daß diesem bedrohlichen Symptom einer besonderen Gefährdung des öffentlichen Lebens nicht die Aufmerksamkeit zuteil geworden ist, die notwendig gewesen wäre, das Schlimmste zu verhüten.

**Zusammenbrechen der Zeitungen**  
hat erst mit einer Reihe in der großen Öffentlichkeit weniger beachteter Einzelfälle begonnen; es schritt weiter, und die Beratungen, die zwischen einer großen Anzahl von Verlegern zum Teil sehr bekannter und aller deutscher Zeitungen und ihrer Berufsorganisation notwendig geworden sind, erbrachten die Gewißheit, daß Zeitungen aller Art, kleine, mittlere und große, in kurzer Zeit zur

**Stillelegung oder mindestens zu weitgehenden Betriebs-einschränkungen**

Schuld daran ist vor allem eine nur dem Namen nach freie Wirtschaft, bei der in Wirklichkeit die deutsche Presse der rücksichtslosesten Preisdrückerei ausgesetzt ist. Die Papierverbreitern sind sich an den Preis, der schon im Januar auf das nächste Jahr auf das Fünftel bis Sechstel des Friedenspreises zu sinken wird, für den Preis, den sie zu zahlen haben, um welche Mengen Druckpapier es sich handelt, und dem Zellstoff und dem Papier herausgewirtschaftet werden.

Die Kollage der Presse ist seit langem von Reichert und Parlament anerkannt. Das hat aber leider nicht ein Objekt der Verursachung angehen lassen. Zu unannehmer, ganz pflüch und in noch nie dagewesenem Maße eintretenden, unerschwinglichen Werteverminderungen des Papiers kommen wieder enorme neue Lasten für alle anderen Materialien, Löhne und Gehälter.

**Diese Lasten sind nicht mehr zu ertragen.**

Auf der Versammlung in Weimar sind über die Zustände in hiesigen Zeitungen aller Art und über verweilte Notlage zu beschwerten, daß von heute auf morgen Stillelegung oder Betriebs-einstellung eintreten. Wir bitten dringend, sofortige Schritte zu tun, ohne vorher mit der Besorgnis in jedem Falle erwogen zu haben, ob nicht noch eine Notstandsaktion möglich und praktisch durchführbar erscheint. Unumgänglich erscheint allerdings eine

**Starke Einschränkung der gesamten Betriebe.**

In letzter Stunde erheben die Herausgeber der deutschen Zeitungen ihre warnende Stimme angesichts einer Gesamtschuld, die nicht nur eine große Gruppe von Privatunternehmern bedroht, sondern eine Einrichtung des öffentlichen Lebens, von deren Unentbehrlichkeit und dringender Notwendigkeit man sich vielleicht leider erst überzeugen wird, wenn es zu spät ist. Schon vermag die deutsche Presse fast keine Agenten von Ort zu Ort, um nicht nur große, sondern selbst kleine und kleinere Zeitungen zu „retten“ auf eine Weise,

**in die Hörigkeit unbekannter Mächte und fremdländischen Kapitals**

schon wird. Schon wird die öffentliche Meinung auf eine Weise von unfreier Hand beeinflußt durch Massenfabrikation von fertigelegten, für billigstes Geld gelieferten Artikel und ganzen Zeitungspalten gleicher Art, die das öffentliche Bewusstsein und die Freiheit der deutschen Meinung, die Meinungsbildung überhaupt, unterdrücken.

**Wir fordern die Reichsregierung, den Reichstag, die parlamentarischen Körperschaften in den Ländern auf, an die Stelle der parlamentarischen hohen Meinung von der Presse und der öffentlichen Meinung in die Dinge die Tat treten zu lassen.**

**Strengste Maßnahmen** dagegen, daß die deutsche Presse gebunden und befreit wird einer grenzenlosen Preistreiberei und Monopolwirtschaft auf dem Gebiete des Holzes, der Kohle, aller Vorprodukte des Papiers.

Wir fordern die **Spernung der Ausfuhr von Papier und Zellstoff**, solange nicht das Papier für die deutsche Presse zu erträglichen Preisen sichergestellt ist.

Wir fordern ferner die **Aufhebung und künftige Unterlassung jeder Sonderbesteuerung der Presse.**

Unsere deutschen Verleger aber bitten wir, auf dem Wege der Selbsthilfe mit uns in Verbindung zu bleiben und, wenn die **Stillelegung der Zeitungen**

mangels eines Eingreifens der Regierung unabwendbar wird, gemeinsam zu handeln nach den Beschlüssen, zu denen wir dann noch eine allgemeine Verlegerversammlung einberufen werden.

Die Zeitungsverleger machen wir darauf aufmerksam, daß die Bezugs- und Anzeigenpreise, die in den Zeitungen für den 1. April angekündigt werden, ausnahmslos nicht einmal die Kosten des Papiers decken, und daß daher für sämtliche Zeitungen nichts übrig bleiben kann, als auf diesem mitleidigen Wege bis zum Zusammenbruch weiterzugehen oder die Stillelegung bereits zum 1. April vorzunehmen in den Fällen, in denen die ungeheure Belastungsprobe nicht einmal mehr auf Wochen auszuhalten ist.

**Verantwortung für die Folgen der Einschränkung und Stillelegung von Betrieben**

müssen die deutschen Zeitungsverleger ebenso ablehnen, wie die dadurch entstehende Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Die Verantwortung dafür tragen allein diejenigen, die diese Zustände über die Presse verhängen und die es zulassen, daß Presse und Pressefreiheit willkürlich zu Grunde gerichtet werden.

### Das Moratorium für Deutschland.

**Abhängig von deutschen Garantien.**

W. London, 15. März. Der Berichterstatter der „Morningpost“ schreibt, er erfahre, daß sehr bald eine Mitteilung erwartet werden könne über die Beschlüsse der Reparationskommission bezüglich der Art des Moratoriums, das Deutschland für seine Reparationszahlungen für dieses Jahr erhalten soll und bezüglich der von Deutschland zu leistenden Garantien. Die Reparationskommission werde Deutschland wahrscheinlich ein Moratorium gewähren, das die Gestalt einer Erleichterung der Lasten, die in den am 5. Mai 1921 gefassten Beschlüssen festgelegt wurden, durch eine leichtere Last annehmen werde. Es herrsche aber kein Zweifel darüber, daß die Reparationskommission darauf bestehen werde, daß die Alliierten durch die Kommission eine wirksame Kontrolle über die deutschen Finanzen erhalten werden. In Paris am gleichen Kreisen werde es mehr und mehr für wahrscheinlich gehalten, daß die Vorschläge, die bereits so oft gemacht wurden, mit Bezug auf die Mobilisierung der deutschen Schuld durch eine große internationale Anleihe, die durch gewisse Hilfsquellen des deutschen Reiches, wie Bergwerke, Eisenbahnen, Zölle usw. sichergestellt werde, früher oder später eine vollendete Tatsache würden. Was jedoch auch immer geschehe, die Reparationskommission werde zweifellos festsetzen, daß, soweit Zahlungen für das laufende Jahr in Betracht kommen, die Gewährung irgend einer Art von Moratorium vollkommen abhängig sei von den Garantien, die Deutschland gebe, und den Finanzreformen, die es durchführe.

### Der englisch-italienische Reparationsplan.

Berlin, 15. März. (Von unserm Berliner Büro.) Der neue Reparationsplan, über den die alliierten Finanzminister bei ihrer nächsten Zusammenkunft in Paris Ende März endgültig beschließen werden ist, wie aus Paris gemeldet wird, von dem englischen Sachverständigen Sir Basil Blackett und von dem Italiener Giannini gemeinsam entworfen. Dieser Plan bemittelt die Gesamtschuld Deutschlands auf 110 Milliarden Goldmark, teilt sie aber in zwei Gruppen. Die zweite Schuldgruppe im Betrage von 65 Milliarden, die etwa dem deutschen Schuldbonus der Serie C entspricht, deren Verfallfrist ja vorläufig noch nicht festgesetzt ist, soll nach dem neuen Plan für die nächsten Jahre überhaupt ruhen. Ihre Bezahlung soll überhaupt erst nach der Tilgung der ersten 45 Milliarden zur Sprache gebracht werden. Auch dann soll diese Schuld nur bezahlt werden, wenn einer der Gläubiger Deutschlands auf seinen Anteil Anspruch erhebt. Es soll dann jeweils immer nur der betreffende Anteil eingefordert werden.

Der Sinn dieser Einschränkung ist ziemlich klar. Die Alliierten sagen sich, daß die Zahlungen Deutschlands etwa im Jahre 1930 eine völlige Ungewißheit sind. Die Alliierten wollen daher ihre Bemühungen darauf konzentrieren, die nächste Schuldquote Deutschlands möglichst schnell und ganz durch Anleihe in ihren Besitz zu bringen, und deshalb wollen sie das unberechenbare Uebermaß ihrer Forderungen zunächst vertagen, um die internationalen Finanzleute anteiherwilliger zu machen.

W. Paris, 15. März. Das „L'Echo“ nächstehende Blatt „Reit Journal“ berichtet heute den Vorschlag Sir Basil Blacketts zum neuen Reparationsplan. Das Blatt widerspricht der seitigen Behauptung der „Chicago Tribune“, am 1. Januar 1922 habe die

Forderung an Deutschland nur 105 Milliarden Goldmark betragen. Die im Entwurf vorgesehene Summe betrage 110 Milliarden. Die Kategorie A der Schuld, die durch die sogenannten „schlafenden“ Obligationen gedeckt werden sollen, sei mit 65 Milliarden angegeben. Die zweite Kategorie, zu deren Zahlung sich Deutschland in einem noch näher festzusetzenden Zeitpunkt verpflichten soll, betrage 45 Milliarden Goldmark. Jeder Gläubigerstaat werde sofort erklären, in welchem Verhältnis er Geldzahlungen und Naturalieferungen wünsche. Die Vorschläge der verschiedenen alliierten Nationen hinsichtlich der Verteilung dürften der Diskussion und der Entscheidung der Reparationskommission unterliegen. Die von jeder Regierung verlangten Geldzahlungen müßten von Deutschland innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren beglichen werden.

### Die Vorbereitungen für Genua.

**Die Richtlinien der kleinen Entente.**

Berlin, 15. März. Ueber die Ministerberatungen in Bukarest wird hinsichtlich der in Genua zu verfolgenden Politik folgender Standpunkt der betreffenden Regierungen amtlich bekanntgegeben: Die Regierungen der tschechoslowakischen Republik, Rumäniens, der polnischen Republik und des Königreichs Jugoslawien sind dahin übereingekommen, auf der Konferenz von Genua einen Einzelstandpunkt einzunehmen. Von dem Gedanken geleitet, Europa ein normales politisches und wirtschaftliches Leben zu sichern, sind sie dahin übereingekommen, daß folgendes erreicht werden müsse:

1. Das in Cannes von den Vertretern der alliierten Großmächte festgesetzte Programm für die Konferenz von Genua muß eingehalten und über die Punkte, die in diesem Programm ausgeschlossen werden, dürfen nicht diskutiert werden.
2. die in Beograd zusammengetretene Sachverständigenkonferenz bestimmt die gemeinsamen Richtlinien, welche auf der Konferenz von Genua eingehalten werden müssen.
3. die Notwendigkeit, die internationalen Handels- und Transportbeziehungen zu erleichtern, muß im Einklang stehen mit der Rücksicht auf die Selbständigkeit der einzelnen verbündeten Staaten.
4. jeder der verbündeten Staaten wird sich nur an den Beratungen und Entscheidungen, die sein Interesse betreffen, beteiligen.

Berlin, 15. März. Wie die „Deutsche Zeitung“ aus Mailand meldet, berichtet „Corriere della Sera“ zur Konferenz von Genua noch folgendes: Die Verhandlungen der rein politischen Fragen stünde den Ministerpräsidenten und den Ministern des Kaiserthums zu. Die Kommission für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland sei unter Berücksichtigung des praktischen Gesichtspunktes zu dem Schluß gekommen, der Regierung einen Entwurf über ein allgemeines Abkommen zwischen den europäischen Mächten und Rußland zu unterbreiten. Folgende 4 Fragen soll das Abkommen berücksichtigen:

1. Soll Rußland anerkannt werden oder nicht, bezw. welcher neue Staat ist der Nachfolger des Zarenreiches?
2. Anerkennung der Schulden Rußlands. Der Entwurf schließt sich in dieser Beziehung dem britischen Standpunkt an.
3. Garantien für die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland und zwar hat die Kommission eine Reihe von Bedingungen entworfen.
4. Bedingungen für die Einsetzung der Tätigkeit von Konsulaten und offiziellen Niederlassungen in Rußland. In dieser Frage soll Rußlands freie Souveränität gewahrt werden.

### Fortdauer der Lloyd George-Krise.

W. London, 15. März. Die gestern im Unterhause abgehaltene Versammlung von konservativen und unionistischen Mitglieðern des Unterhauses, die einberufen worden war, um eine Entscheidung anzunehmen, in der die Führer der Partei unterstützt werden, in ihrer Entschlossenheit zu dem Premierminister zu stehen, brachte, wie gemeldet wird, diese Absicht nicht zur Durchführung. Die in der Versammlung in voller Stärke anwesenden „Unbeugsamen“ erklärten dem „Daily Telegraph“ zufolge, daß sie einen Sieg davongetragen hätten, da die geplante Entscheidung nicht zur Abstimmung unterbreitet wurde und die Versammlung ohne ein greifbares Ergebnis auf unbestimmte Zeit vertagt worden sei. In dem über die gestrige Versammlung von Versammlungsmitgliedern herausgegebenen Bericht heißt es, die allgemeine Stimmung der Versammlung sei jeder Aktion sehr abgeneigt gewesen, die die unionistische Partei spalten könnte. Es sei so gut wie keine Reizung bemerkbar gewesen, die Koalition zu beenden.

Im Zusammenhang damit weist „Daily Telegraph“ daraufhin, daß der Rücktritt des Premierministers immer noch in der Schwebe sei. In gut unterrichteten Kreisen herrsche die Ansicht vor, daß die Rückkehr Lord Georges aus Brüssel bald möglich sei. Unter diesen Umständen werde die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Solidarität der unionistischen Partei dauernd gepredigt und es werde anerkannt, daß der Tag bald kommen könne, an dem die Führer vor die Aufgabe gestellt würden, eine zeitweilige konservative Regierung zu bilden. Auf diese Erwägungen sei das Ergebnis der gestrigen Versammlung der Konservativen zurückzuführen.

### Das Viermächteabkommen im Senat.

New York, 15. März. Nach einem Funkpruch hat die letzte Senatsdebatte über das Viermächteabkommen einen heftigen Verlauf genommen. Harding's Vertreter sprachen die Drohung aus, falls der Viermächtevertrag über den Stillen Ozean fallen würde, die anderen Abrüstungsverträge zurückzuziehen. Harding würde dann an das Volk appellieren.







Aus dem Lande.

II. Weinheim, 14. März. Der 26jährige Arbeiter Philipp W. Stellung, der in der Lederfabrik Freudenberg bei Arbeiten an einem Benzinhof verunglückt ist seinen schweren Verletzungen erliegen.

II. Karlsruhe, 15. März. Im Alter von 74 Jahren ist Oberbaurat a. D. Friedrich Kriebell gestorben.

II. Koblenz, 13. März. Mit der Kapitalflucht des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen hatte sich das hiesige Schöffengericht zu befassen.

Berichtszeitung.

II. Koblenz, 14. März. Der Vorstand des Bodenseeverkehrsvereins besaßte sich in seiner in Friedrichshafen abgehaltenen Sitzung mit den neuen Tarifveränderungen im Bodenseeschiffverkehr und stellte sich auf den Standpunkt, daß die Bodenseeküsten unbefristet auf Freizeitschiffahrt beschränkt werden sollen.

Sportliche Rundschau.

Jubiläumstag der Deutschen Sportbehörde. Die in Berlin im Rathaus zusammengetretene 25. Jahrgangssammlung wurde am Samstag mit einem Festakt eröffnet.

Berlin, Jugendsportwart: Weidner-Berlin, Beisitzer: Helbig-Weimar, Grolms-Eberfeld, Dr. Albrecht-Franfurt a. M. Von den Beschlüssen interessieren die folgenden hauptsächlich: Die Bahloerfahrungen soll für die Folge nur alle 2 Jahre stattfinden, dagegen tritt der Hauptausflug alljährlich zusammen.

Bezüglich der Aufnahme sportlicher Beziehungen zum Ausland, insbesondere zu den früheren feindlichen Mächten, nimmt die D. S. B. eine abwartende Haltung ein. Die Deutsche Waldlaufmeisterschaft wurde nach Mitteldeutschland verlegt, während die Deutschen Weitschaffstetren trotz Widersprüche Berlins diese im Rahmen der als nationale Olympiade anzusprechenden Deutschen Kampfspiele nach Duisburg verlegt wurden.

Lawntennis.

sr. Weltmeister Laurent t. aus Paris kommt die Nachricht, daß der bekannte französische Tennisspieler Laurent, der im Vorjahre in Stockholm die Weltmeisterschaft in der Halle gewonnen, plötzlich im Alter von 27 Jahren an Grippe verstorben ist.

Olympiade.

er Kampfspieleauswahl-Sitzung. Unter dem Vorsitz von Geheimrat Koffi tagte am Freitag Nachmittag in den Räumen des Deutschen Reichsausschusses für Verlesungen in Berlin der Kampfspieleauswahl für die diesjährigen Kampfspiele im Deutschen Stadion.

Neues aus aller Welt.

Frankfurter Steierkämpfe. Nachdem das Berliner Postpräsidium die Abschaltung von Steierkämpfen nach spanischem Muster verboten hat, ist auch in Frankfurt verurteilt worden, derartige Steierkämpfe abzuhalten.

übergeben worden, da sie durch ihr Geständnis des furchtbaren Verbrechens so gut wie überführt ist. Sie hat bekannt, daß sie tatsächlich den Kopf des Ermordeten, mit einem Ziegelstein beschwert, in die Pfanne geworfen hat. Sie hat auch genau die Stelle angegeben, wo dies geschehen ist. Mit lächelnder Miene berichtete sie weiter, sie wolle die reine Wahrheit sagen.

Die Neubefehlung der meteorologischen Station auf dem Sants. Die meteorologische Station auf dem Sants wurde wieder mit einem Beobachter besetzt. Aus diesem Anlaß wurde die Bergpfähle beleuchtet und die Traverse, die seit der Ermordung des früheren Beobachters auf dem Turm wehte, wieder entfernt.

Table with 10 columns: Station, Wind, Wetter, etc. Title: Wetterdienstnachrichten der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Allgemeine Witterungsübersicht. Unter der Herrschaft des Hochdruckgebietes dauert das meist hellere trockene Wetter an. Am Tage fliegen in der Rheinebene die Temperaturen bis ca. 18 Grad, sinken aber nachts in einzelnen Gegenden bis auf den Gefrierpunkt.

Handelsregister. Amtliche Bekanntmachungen. Sum Handelsregister B Band VI O.S. 23, Firma 'Gdr. Kohlen- u. Holzhandlung' in Mannheim wurde heute eingetragen.

Handelsregister. Amtliche Bekanntmachungen. Sum Handelsregister A wurde heute eingetragen: 1. Band VI O.S. 159, Firma 'A. D. Thordt & Co.' in Mannheim.

Todes-Anzeige. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren innigstgeliebten Gatten, Bruder, Schwager und Onkel, Herrn Karl Maier Wirt.

Schneiderei 'Rapid'. Inhaber: Heinrich Haumüller D 2, 11 Tel. 5082 D 2, 11. Spezial-Abteilung: Aufbügeln, Reparaturen, Aendern u. Waschen von Anzügen, Paletots usw.

8 Pfund auserlesene Pflanzkartoffeln. beste Sorten für Hausgarten, 25 Pakete erstklassige Gartengemüsesamen. MARCHIVUM

